

Protokoll:

Rm Lehmkühler (SPD) weist darauf hin, man habe in Erfahrung gebracht, dass gestern der Vermittlungsausschuss getagt habe und dass damit das Anliegen erledigt sei, weil die Landesregierung von Rheinland-Pfalz dankenswerter Weise aufgezeigt habe, dass hier mit der Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Abfallrechts nur Klientelpolitik betrieben werden sollte zu Gunsten von Privatensorgern, was letztlich zu Lasten der Gebührenzahler ginge. Dies sollte sich auch die Bundesregierung einmal vor Augen führen. Man ginge davon aus, dass der Antrag damit erledigt sein werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt, damit habe sich der Antrag erledigt und eine Stellungnahme der Verwaltung könne entfallen.